

Freitag, 3. Oktober 2025

Basel-Stadt

Basel wehrt sich gegen Bern

Die geplanten Sparmassnahmen des Bundes belasten auch das Dreiland. In der Region formiert sich bereits Widerstand.

Rafael Hunziker

Die Region Basel ist ein fester Bestandteil des Dreiländerecks. Der Austausch mit Deutschland und Frankreich gehört in vielen Bereichen zum Alltag. Verschiedenste Projekte, welche die trinationale Zusammenarbeit fördern, bekommen finanzielle Unterstützung aus dem Interreg-Programm Oberrhein. Für dieses stellen sowohl die Europäische Union, als auch die Schweiz Gelder zur Verfügung. Doch der Bund will genau diese Gelder in Zukunft einsparen.

«Es ist ein denkbar schlechtes Zeichen in der aktuellen Zeit», sagt die Baselbieter Ständerätin Maja Graf (Grüne). Seit 30 Jahren zahle der Bund diese Beiträge, die im Vergleich zu den EU-Geldern nur einen kleinen Teil ausmachen würden, meint Graf. Ausserdem würde eine Studie zeigen, dass jeder Franken, der vom Bund investiert wird, das fünffache an Investitionen vor Ort auslösen würde.

Am Interreg-Programm Oberrhein beteiligen sich die



Kommt die Region unter den Sparhammer des Bundes? Bild: ken

französische Region Grand Est, die deutschen Bundesländer Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg, sowie die Kantone Basel-Stadt, Baselland, Solothurn, Aargau und Jura. Seit der Gründung 1990 wurden rund 450 Projekte realisiert. Die EU hat sich bisher mit 224 Millionen Euro beteiligt. Die Schweiz investierte insgesamt 55 Millionen Franken. Der Bund und die Kantone geben im Jahr 8,2 Millionen

Franken aus, heisst es in einem Bericht des Bundesrats.

Geeinte Kritik von links bis rechts

Die Gelder, die der Bund ins Programm investiert, stammen aus dem Fonds für Regionalentwicklung. Der Bund plant im Rahmen des «Entlastungspakets 27» die Einzahlungen in diesen Fonds zu stoppen. Das würde dazu führen, dass die Bei-

«Es ist ein denkbar schlechtes Zeichen in der aktuellen Zeit»

Maja Graf
Baselbieter Ständerätin (Grüne)

träge fürs Interreg-Programm ab 2028 gefährdet wären. Aus dem Fonds könnten lediglich noch die bereits vorhandenen Mittel verteilt werden. «Die Schweiz wird sich an der Finanzierung von Interreg VII ab 2028 beteiligen können, wobei der finanzielle Umfang unsicher ist», schreibt der Bund in der Botschaft zum Entlastungspaket.

«In Zeiten des amerikanischen Zollstreits und anderer

weltweiten Unsicherheiten ist es das falsche Zeichen an unsere Nachbarländer in der EU. Ausserdem ist das Sparpotenzial minimal», sagt Graf zur geplanten Kürzung. «Die grenzübergreifenden Beziehungen sind enorm wichtig für unseren Wohlstand und das gute Zusammenleben am Oberrhein. Dies soll nicht für Pseudo-Sparmassnahmen aufs Spiel gesetzt werden», ergänzt die Ständerätin.

Auch von bürgerlicher Seite gibt es Kritik an den Sparplänen des Bundes. «Wenn man nur wenig sparen kann, macht es keinen Sinn. Sparmassnahmen sollten beim Bund selbst beginnen – zum Beispiel in der Verwaltung», sagt LDP-Nationalrätin Patricia von Falkenstein. Auch für sie ist klar: «Überregionale Projekte sind für unsere Region enorm wichtig.»

Beschlossene Sache sind die Sparmassnahmen des Bundes allerdings bisher nicht. Das Sparpaket kommt noch in den National- und den Ständerat. «Das Entlastungspaket hat einen schweren Stand. Die Kantone, wie beispielsweise Basel-

land, lehnen es ab. Es wird viele Anträge zur Korrektur geben», sagt Graf. Das letzte Wort sei noch nicht gesprochen.

Auch die Nordwestschweizer Regierungskonferenz beteiligt sich an der Debatte. In einem Schreiben an die nationalen Parlamentarierinnen und Parlamentarier aus den Nordwestschweizer Kantonen äussert die Konferenz ihre Meinung. «Interreg ist ein zentrales und wirkungsvolles Instrument zur Stärkung der Kohäsion von Grenzregionen und für die guten nachbarschaftlichen Beziehungen geworden», heisst es im Schreiben. «Aus diesem Grund empfehlen wir eine Änderung abzulehnen», werden die Parlamentarierinnen und Parlamentarier aufgefordert.

Zumindest bei Graf kommt diese Haltung gut an. «Es ist wichtig, dass sich die Grenzkanzone und ihre Bundesvertreterinnen und Vertreter klar dagegen wehren, dass sich der Bund aus seiner Verantwortung für das nächste Interreg-Programm schleicht», meint die Ständerätin.